

Einwohnerfragestunde

Herr Karth, der sich als ehrenamtlicher Versichertenältester vorstellte, erkundigte sich, warum die Tätigkeit der Versicherungsstelle im Rathaus III zum 31.07.2007 beendet werde.

Erster Stadtrat Strecker führte dazu aus, dass die Verwaltung entsprechend ihrer Verpflichtung nach dem Sozialgesetzbuch weiterhin wie bisher Rentenansprüche entgegennehme und auf den Weg bringen, d.h. die vollständig ausgefüllten Anträge an den Rentenversicherungsträger weiterleiten werde. Aufgrund der Haftungsproblematik werde es allerdings keine Beratung in Rentensachen mehr geben, da im Falle von falschen Auskünften die Stadt Burgdorf für Vermögensschäden haften müsse.

Herr Karth berichtete, dass er im Juni von der BFA angesprochen worden sei, ob er bereit sei, die Aufgaben der Rentenberatung als Versichertenältester wahrzunehmen. Er habe diesbezüglich versucht, mit der Stadt Burgdorf Kontakt aufzunehmen, sei aber immer wieder vertröstet worden. Seit etwa 14 Tagen werde von Seiten der Stadt Burgdorf bei Anfragen von Rentenantragstellern auf seine Person verwiesen. Dies sei mit ihm nicht abgesprochen gewesen, so dass er zahlreiche Anfragen und Anrufe von Rentenantragstellern habe, sogar über das gesamte Wochenende. Sein Kollege in Celle, der noch berufstätig sei, könne diese Beratung derzeit nicht übernehmen. Die Stadt Burgdorf erkläre den Anfragenden, dass keine Termine mehr angenommen würden, da noch Resturlaub der Mitarbeiterin abzuwickeln sei. Die bisher im Rathaus zuständige Mitarbeiterin würde die Aufgabe sicherlich gern weiterführen, werde aber anderweitig eingesetzt. Er werde zurzeit von einer Vielzahl von Anfragen überrollt und könne diese Termine nicht schaffen.

Erster Stadtrat Strecker erklärte, dass diese Mitarbeiterin nicht anderweitig eingesetzt werde, sondern im Bürgerbüro weiterhin für die Entgegennahme der Anträge zuständig sei, wie andere Mitarbeiter auch. Herr Karth als Versichertenältester sei von der Versicherungsanstalt für diese Aufgabe eingesetzt. Von Seiten der Verwaltung sei Herrn Karth angeboten worden, im Rathaus eine Sprechstunde einzurichten.

Herr Karth entgegnete, dass er immer noch auf ein Gespräch mit der Verwaltung warte und er immer wieder vertröstet worden sei. Wenn die Beratung nicht in alter Form wieder aufgenommen werde, sei er nicht mehr bereit, diese ehrenamtliche Tätigkeit über den 31.07.2007 hinaus fortzuführen.

Bürgermeister Baxmann machte deutlich, dass es Aufgabe der Rentenversicherung sei, das entsprechende Personal für diese Aufgabe bereitzustellen. Man habe der BFA angeboten, für die Beratung Räumlichkeiten im Rathaus zu nutzen. Burgdorf gehöre zu den ganz wenigen Kommunen Niedersachsens, die eine solche Rentenberatung bis jetzt noch angeboten hätten. Die Stadt Burgdorf werde sich um eine vernünftige Übergangslösung bemühen. Grundsätzlich sei die Rentenberatung nicht Aufgabe der Stadt. Man werde die Angelegenheit ordnungsgemäß an die BFA übergeben, die dann zu organisieren habe, wie die Interessen ihrer Versicherten hier vor Ort wahrgenommen würden. Es könne nicht sein, dass die Stadt Burgdorf in Vorleistung treten müsse. Die Stadt Burgdorf habe sich bewusst dazu entschieden, diese Dienstleistung, die fast von keiner anderen Kommune mehr wegen der Zuständigkeit des Rentenversicherungsträgers angeboten wird, einzuschränken.

Herr Karth erklärte, dass er nicht bereit sei, die Aufgabe in dieser Art und Weise zu übernehmen. Insbesondere für viele kranke und behinderte ältere Menschen werde dann nur noch der Weg zur Rentenberatung nach Hannover bleiben.

Herr Hartmut Mauri berichtete, dass der Spiegel an der Fahrradunterführung an der alten Hochbrücke von der Verwaltung nicht ersetzt werde. Wegen der Kurve an der Ostseite und des engen Eingangsbereichs sei diese Stelle schlecht einsehbar und daher gefährlich für einfahrende Radfahrer. Er habe im Mai zweimal bei der Verwaltung angerufen und dort die Auskunft erhalten, dass es eine politische Entscheidung sei, den Spiegel, der immer wieder zerstört werde, nicht mehr zu ersetzen. Er forderte die Ratsfraktionen auf, ihre Auffassung noch einmal zu überdenken.

Ratsvorsitzender Walter versicherte, dass es keine Entscheidung des Rates gewesen sei, dass der Spiegel nicht mehr ersetzt werden solle.

Stadtamtsrat Rode erklärte, dass seines Wissens die Tiefbauabteilung einen solchen Spiegel bestellt habe. Da es sich jedoch um eine Sonderanfertigung handele, dauere es relativ lange, bis dieser geliefert werde.

Frau Gersemann betonte, dass ihr aus dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr keine solche Entscheidung bekannt sei. Eine Verantwortung von Seiten des Rates weise sie mit Nachdruck zurück.

Herr Unverzagt schloss sich dem an und ergänzte, dass auch er auf den fehlenden Spiegel mehrfach hingewiesen habe. Auch am Tunnel Schillerslager Straße sei ein solcher Spiegel aus Gründen der Verkehrssicherheit unabdingbar. Leider hielten sich sehr viele Radfahrer nicht an die Verkehrsregeln, wodurch es immer wieder zu gefährlichen Situationen komme.

Herr Fleischmann fügte hinzu, dass die Tunneleingänge Unfallschwerpunkte seien, weil die Tunnel insgesamt zu eng und falsch konstruiert seien. Das Linksbündnis werde dazu noch einen gesonderten Antrag stellen.